

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 888048 ppbn d
Telefax: 21 0884

Inhalt

Cornelia Sonntag MdB
zur Notwendigkeit einer
deutsch-deutschen
Offensive: Gegen Ras-
sismus und Rechtsra-
dikalismus.

Seite 1

Peter Conradi MdB zur
Diskussion über die
Hauptstadt eines ver-
einten Deutschland:
Entscheiden werden
die Parlamentarier!

Seite 3

Günter Wirth MdL zur
Notwendigkeit, im Zu-
sammenwirken mit den
Schulen die Verbrei-
tung menschenver-
achtender Computer-
Spiele zu erschweren:
Keine Nazi-Propaganda
im Kinderzimmer.

Seite 4

45. Jahrgang / 124

3. Juli 1990

Gegen Rassismus und Rechtsradikalismus Zur Notwendigkeit einer deutsch-deutschen Offensive

Von Cornelia Sonntag MdB

Niemand sollte sich in der Illusion wiegen, daß mit dem Nieder-
gang der "Republikaner" auch die Gefahr wachsender Fremden-
feindlichkeit und dumpfer Stimmungsmache von Rechtsaußen ge-
bannt wäre. Nein, das Gespenst geht weiter um - bei uns in der
Bundesrepublik und erst recht in der DDR. Die Zeichen sind alar-
mierend. Ausländer werden beschimpft und angegriffen. Skin-
heads ziehen mit fremdenfeindlichen Parolen durch die Straßen.
Eine Studie des Zentralen Instituts für Jugendforschung in der DDR
förderte zutage, daß jeder vierte Lehrling und Schüler Vorbehalte
gegen Ausländer hat.

Wir wissen mittlerweile, daß rechtsradikale Gesinnung und Ras-
senhaß kein neues Phänomen in der DDR sind, sondern vom alten
SED-Regime schlicht totgeschwiegen wurden. Sie paßten eben
nicht ins Bild vom staatlich verordneten Internationalismus. Bis vor
wenigen Monaten gab es somit auch keine gesellschaftliche Aus-
einandersetzung mit dem Thema. Umso unvermittelter werden die
DDR-Bürger jetzt damit konfrontiert.

Hinzu kommt: DDR-Bürgern wurde jahrezehntelang eine objektive
Information über Kultur, Geschichte, Bräuche und Eigenarten an-
derer Nationen verweigert. Weder durch praktische Erfahrung - zum
Beispiel Reisen ins nicht-sozialistische Ausland - noch durch theo-
retische Aufklärung konnten sie sich in der Kunst einüben, Vorur-
teile abzubauen. Ich behaupte nicht, daß ungebremster Reise-
drang Klischees ausräumt. Nur zu gut kenne ich Bundesbürger, die
nach einem Urlaub die türkische Gastfreundschaft in höchsten Tö-
nen lobten - um wenig später beim Anblick kopftuchtragender
Frauen auf unseren Straßen wieder verächtlich die Nase zu rümp-
fen. Aber immerhin: Bundesbürger hatten wenigstens die Gele-
genheit, aus Halbwissen oder Unkenntnis rührende Ressentiments
durch eigenen Augenschein zu widerlegen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellungsmethode
nach dem Prinzip der
Recycling-Paper



Für Menschen in der DDR beginnt diese Phase erst jetzt. Und just zu diesem Zeitpunkt brechen sich Aggressionen und Unduldsamkeit Bahn. Es ist zu befürchten, daß dieser Trend jetzt, nach Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion, sich noch verstärkt. So wie in der Bundesrepublik haben Ausländer auch in der DDR Blitzableiter-Funktion. Sie müssen als Sündenböcke für die befürchtete Krise herhalten. Je mehr DDR-Bürger um ihre Arbeitsplätze bangen müssen, desto stärker kann die Neigung hervortreten, Existenzangst und sozialen Neid auf die "Fremden" abzuwälzen. Dabei spielt deren Anzahl gar keine besondere Rolle. Die etwa 180.000 Beschäftigten aus Vietnam, China und Angola machen nur gut ein Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Aber auch das lehrt bundesdeutsche Erfahrung: Parolen wie "Die nehmen uns Jobs und Wohnung weg" gedeihen auch in Gebieten mit niedrigem Ausländer-Anteil. Angst und Unruhe suchen sich ihre Prügelknaben.

Was tun?

Eine gemeinsame Kampagne tut not. Ein Konzept gegen Rassismus und rechts-reaktionäre Strömungen. Aufklärung, Information - und natürlich Bemühungen, die gesellschaftlichen Ursachen des offenen und unterschweligen Fremdenhasses zu ergründen und zumindest abzumildern. Dafür taugt eben gerade nicht die Methode der Abgrenzung und Abschottung gegenüber Ausländern, wie sie die Bonner CDU/CSU/FDP-Koalition praktiziert und im neuen Ausländergesetz festschreibt. Wir brauchen eine ausländerfreundliche Initiative aller demokratischen Kräfte. Und innerhalb dieses Konzepts ist das kommunale Ausländerwahlrecht ein wichtiger Baustein.

Vor wenigen Tagen hat das Bundesverfassungsgericht über das kommunale Ausländerwahlrecht verhandelt, das die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg beschlossen haben. Auch die neue rot-grüne Koalition in Niedersachsen will es einführen. Am 13. November soll in Karlsruhe die Entscheidung verkündet werden.

Mit juristischen Waffen wollen CDU/CSU-Bundestagsfraktion und das Land Bayern verhindern, was ihnen politisch mißfällt: das Angebot zur Teilhabe an politischer Macht an ausländische Mitbürger wenigstens im kommunalen Bereich.

Schreckliche Begriffe benutzte CDU/CSU-Fraktionsvize Wolfgang Böttsch in der mündlichen Verhandlung. Der "verfassungspolitischen Probebohrung" sollte später der "Durchstich" folgen, unkte er. Gemeint war das generelle Wahlrecht auch auf Landes- und Bundesebene. Das Wahlrecht für Ausländer titulierte Böttsch als "demokratiewidrige Fremdbestimmung". Er will damit sagen, daß Kiel und Hamburg einen Volksbegriff nach ihren Wunschbildern zurechtzimmern wollten. Aber er weckt mit seinem Kampf-Jargon bei Bundesbürgern den Eindruck, als werde die deutsche Bevölkerung bedroht und angegriffen. Und er stößt die Ausländer vor den Kopf. Wie auch immer Karlsruhe entscheidet: Für Sozialdemokraten bleibt das kommunale Ausländerwahlrecht auf der Tagesordnung. Gerade jetzt. Wer hier seit Jahren lebt und arbeitet, darf nicht länger von einem wichtigen Grundrecht ausgesperrt bleiben. Er soll und muß über politische Mehrheiten in Kreisen und Gemeinden, über Dorferneuerung und Radwege, Spielplätze und Altenwohnanlagen mitentscheiden. Dann wird er auch von seinen Nachbarn als gleichwertiger Partner anerkannt.

Die DDR kennt das kommunale Wahlrecht. Am 6. Mai, bei den Kommunalwahlen, wurde es ohne viel Aufhebens angewandt. Nichts spricht dafür, diese demokratische Errungenschaft im Zuge der deutsch-deutschen Einigung fallen zu lassen. Für die Beibehaltung plädierte vor Monaten der "Runde Tisch", plädiert jetzt die Ausländerbeauftragte der DDR-Regierung, Almuth Berger. Wir haben die große Chance, bei Verhandlungen über reform-orientierte Ergänzungen des Grundgesetzes die Voraussetzungen für ein kommunales Ausländerwahlrecht im geeinten Deutschland eindeutig zu verankern. Wir sollten diese Chance nutzen.

(-/3.7.1990/rs/ks)

Entscheiden werden die Parlamentarier
Zur Diskussion über die Hauptstadt eines vereinten Deutschland

Von Peter Conrad MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
des Deutschen Bundestages

Vorab: Ich rechne damit, daß Bundestag und Bundesrat sich für Berlin als Hauptstadt entscheiden. Die Hauptstadt-Diskussion wird allerdings zunehmend ein Ärgernis. Wenn sie so weitergeht, wird sie den Interessen Berlins nicht unbedingt nützen. Deshalb einige Feststellungen:

1. Über die zukünftige deutsche Hauptstadt entschieden das gemeinsam gewählte neue deutsche Parlament und der neue Bundesrat. Niemand sonst. Empfehlungen werden ernsthaft geprüft, aber entscheiden werden die Parlamentarier.
2. Es wäre eine Mißachtung des Parlaments, die Hauptstadtentscheidung vorab in einem Staatsvertrag zwischen den beiden Regierungen festzulegen, zu dem das Parlament nur noch Ja und Amen sagen kann. Wenn einige DDR-Politiker diesen Weg für richtig halten, mag das ihrem Parlamentsverständnis entsprechen. Daß einige Berliner Kommunalpolitiker so mit dem Parlament umspringen, ist wenig einladend.
3. Parlament und Regierung müssen sich überlegen, welche Funktionen die Hauptstadt haben soll. Wollen wir eine zentralistische Hauptstadt, in der alle Bundes-Funktionen untergebracht sind? Die Erinnerung an die "Reichshauptstadt" legt eine dezentrale Lösung nahe, bei der einige Bundesinstitutionen in Bonn und anderen Städten untergebracht sind, so wie das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg bleiben sollten. Das bedarf sorgfältiger Planung.
4. Ein wichtiges Kriterium für die Entscheidung ist die Arbeitsfähigkeit von Parlament und Regierung. Die ist zur Zeit in Berlin nicht gegeben und wird frühestens in einigen Jahren herstellbar sein. Die Berliner Stadtverwaltungen sollten dem Bundestag und der Bundesregierung konkret nachweisen, in welchen Gebäuden Parlament und Regierung arbeiten können und wo die derzeit in Bonn lebenden Angestellten und Beamten wohnen können.
5. Die Kosten des Umzugs sind keine Nebensache. Möglicherweise sind die bisher notwendigen Berlin-Subventionen des Bundes bald nicht mehr notwendig, weil Berlin jetzt ein Hinterland hat und sich wie die anderen Bundesländer "selbst ernähren" kann. Dennoch muß durchgerechnet werden, was der Umzug von Bonn nach Berlin kosten wird. Möglicherweise wird dieses Geld für andere wichtigere Zwecke gebraucht mit der Folge, daß der Umzug nach Berlin sich verzögert.
6. Der Reichstag ist in seinem heutigen Zustand als Parlamentsgebäude unbrauchbar. Das neue Parlament könnte dort allenfalls in einem provisorisch hergerichteten Saal seine Konstituierung und die Wahl des Bundeskanzlers vornehmen. Für die ständige parlamentarische Arbeit braucht das Parlament ein vielfaches an Flächen für Fraktionen und Abgeordnete, für den Wissenschaftlichen Dienst und die Bibliothek, für Ausschüsse und Arbeitsgruppen. Das Reichstagsgebäude muß umgebaut werden, dazu bedarf es eines Architektenwettbewerbs. Weitere Bauten in unmittelbarer Nähe des Reichstagsgebäudes sind notwendig. Dazu ist eine städtebauliche Gesamtplanung erforderlich, danach Einzelplanungen für Parlaments- und Regierungsbauten. Das alles braucht seine Zeit. Bundestag und Bundesregierung legen Wert auf eine sorgfältige, vor der Öffentlichkeit zu verantwortende Planung. So Hoppla-Hopp wie Berlin über den Potsdamer Platz entscheidet, wird das nicht gehen.

Ich hoffe, daß das neue Parlament und der neue Bundesrat sich für eine dezentrale Lösung mit Berlin als Hauptstadt entscheiden werden, wobei eine Reihe von Bundesinstitutionen in Bonn und anderen Städten untergebracht werden. Der neue Bundestag wird in den nächsten Jahren einige repräsentative Sitzungen im Reichstagsgebäude in Berlin abhalten, aber arbeiten wird er in Bonn. Der Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin wird etwa Mitte des Jahrzehnts beginnen und nicht vor dem Jahr 2000 abgeschlossen sein. Was soll also jetzt die Hektik? Man sollte annehmen, die Bundesrepublik, die DDR und Berlin hätten zur Zeit wichtigere Probleme zu lösen als die Hauptstadtfrage.

(-/3.7.1990/rs/ks)

Keine Nazi-Propaganda Im Kinderzimmer!

Zur Notwendigkeit, im Zusammenwirken mit den Schulen die Verbreitung menschenverachtender Computer-Spiele zu erschweren

Von Günter Wirth MdL

Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Vor etwa eineinhalb Jahren tauchten sie das erste Mal auf: Computerspiele, die dazu benutzt werden, neonazistisches und rassistisches Gedankengut zu verbreiten sowie zu menschenverachtenden Gewalttätigkeiten anzuleiten. Die SPD fordert die bayerische Staatsregierung auf, im Zusammenwirken mit den Schulen die Verbreitung solcher Spiele zu erschweren.

In einer Schriftlichen Parlamentsanfrage wollen wir von der Staatsregierung wissen, welche Maßnahmen sie im schulischen Bereich ergriffen hat. Wir verlangen, daß im Unterricht an bayerischen Schulen gezielt eine Auseinandersetzung mit diesem Phänomen erfolgt.

Alarmierendes Signal dafür, daß es sich bei dem neuen Spiel nicht nur um einen üblen Scherz handelt, sondern die Täter in der rechtsextremistischen Ecke anzusiedeln sein dürften, ist der Aufruf per Bildschirm, Geld für einen Killer zu sammeln. Das Motto: "Spenden gibt es genug, Killer auch - dann ist Deutschland wieder gerettet". Nazi-Software ist ähnlich einfach programmiert und verfolgt exakt die gleiche Zielsetzung. Es sind Spiele im Umlauf, in denen man - mit beliebig einsetzbaren Namen - KZ-Aufseher spielen und Juden vergasen kann. Makabre Titel der widerlichsten Rassenhaß-Programme sind "KZ-Manager- ein Spiel für die ganze Familie" und die "Hitler-Show".

Wir fragen die bayerische Staatsregierung: Welche derartigen Spiele sind im vergangenen Jahr indiziert worden? Wurden Hersteller ermittelt? Gibt es Ermittlungsverfahren oder abgeschlossene Strafverfahren? Zudem wollen wir Auskunft darüber, welche Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhalts die Staatsregierung inzwischen ergriffen hat und welchen Handlungsbedarf sie gegebenenfalls sieht.

Die Staatsregierung muß schnell handeln. Inzwischen besitzt schon jeder vierte Haushalt einen Homecomputer. Im Kinderzimmer darf es keine Mord- und Gewaltaufrufe sowie Nazi-Propaganda per Computerspiel geben.

(-/3.7.1990/rs/ks)
